

# Weine nicht, Argentinien

von

Heiner Flassbeck

Wirtschaft und Markt, Januar 2002

Mit der Abwertung des argentinischen Peso sowie dem Aussetzen der Zinszahlungen und der Schuldentilgung ist ein Kapitel "moderner" Wirtschaftspolitik für aufholende Länder zu Ende gegangen, das wie kaum ein anderes die ideologische und theoretische Auseinandersetzung der westlichen Welt mit den Entwicklungsländern geprägt hat. Argentinien war lange Jahre der Musterknabe des Internationalen Währungsfonds und der großen sieben westlichen Industrieländer (G-7), der Vorzeigefall für "gute", weil extrem liberale Wirtschaftspolitik. Das Land am Rio de la Plata hatte sich Anfang der 90er Jahre entschieden, radikal mit der interventionistischen und inflationistischen Vergangenheit zu brechen. Es führte ein System absolut fester Wechselkurse bei vollständiger Öffnung des Kapitalmarktes ein (ein Peso gleich ein US-Dollar), bei dem die inländische Geldversorgung vollständig von Zuflüssen von Kapital aus dem Ausland gedeckt sein muß, den sog. currency board. Zugleich verwirklichte es ein extrem ehrgeiziges Liberalisierungs- und Privatisierungsprogramm.

Das Währungssystem, hochgelobt und empfohlen von amerikanischen Ökonomen und dem Währungsfonds, schien besonders gut für ein Land wie Argentinien geeignet, weil es scheinbar die Möglichkeit vollständiger Öffnung nach außen verband mit hoher Disziplin im Inneren, ohne daß eine große Wirtschaftsmacht, wie etwa die USA, gezwungen gewesen wäre, systematisch Verantwortung für die Aufrechterhaltung des boards zu übernehmen. Das System ist fundamental gescheitert, weil Argentinien nach den Abwertungen im Gefolge der Asienkrise und insbesondere der seines Nachbarlandes Brasilien nur mit einer massiven Deflation seine Wettbewerbsfähigkeit hätte wiederherstellen können. Deflation aber geht nur über Depression, die Depression aber, die schließlich eintrat, verprellte die Kapitalgeber weltweit, so daß Argentinien Liquidität nur noch zu extrem hohen Zinsen bekam, obwohl es angesichts der tiefen Wirtschaftskrise extrem niedrige Zinsen gebraucht hätte.

Jahrelang haben Währungsfonds und die G-7 allen Ländern der Welt die Öffnung ihrer Märkte für Güter und Kapital gepredigt, ohne diesen Ländern zu sagen, wie und ob sie dabei ihre Währungsverhältnisse regeln sollten. Alle Empfehlungen reduzierten sich darauf, den Ländern die "Ecken" der möglichen Währungssysteme schmackhaft zu machen, also entweder absolut feste Wechselkurse wie beim currency board in Argentinien oder ganz flexible Kurse wie in Brasilien seit 1999. Schon die schlichte Tatsache, daß es nicht zusammengehen kann, wenn Nachbarländer mit engen Handelsbeziehungen die unterschiedlichen Ecken wählen, wurde einfach ignoriert. Attraktiv waren die "Ecklösungen" vor allem deshalb, weil sie den großen Ländern keinerlei Interventions- oder sonstige Beistandsverpflichtungen auferlegten, sondern den Eindruck erweckten, hier könnten Länder in der globalisierten und vollständig liberalisierten Welt mit rein national zu verantwortenden Lösungen abgeseigt werden.

Beeindruckend an der argentinischen Krise ist vor allem, wie lange und beständig die internationale Wirtschaftspolitik die Augen vor einem solchen Fall verschließt oder, noch schlimmer, wie wenig sie angesichts ideologischer Verblendung oder objektiver Unwissenheit zur Therapierung eines solchen Falles beitragen kann. Bis zuletzt wurde Argentinien geraten, sei-

nen Staatshaushalt um jeden Preis auszugleichen, um neue öffentliche Verschuldung bei realen Zinsen von bis zu 30 % gänzlich zu verhindern. Darüber wie die Privatwirtschaft bei solchen Zinssätzen funktionieren und investieren sollte, machte sich offenbar niemand Gedanken.

Argentinien wurde vorgeworfen insgesamt zu hohe Auslandsschulden aufgetürmt zu haben. Argentiniens öffentliche Gesamtschulden mit etwas über 40 % des Bruttoinlandsprodukts aber sind geringer als die der meisten europäischen Länder und würden die Aufnahme in die Europäische Währungsunion erlauben. Daß ein Großteil davon Auslandsschulden sind, ist selbstverständlich bei einem Währungssystem, das die gesamte Liquidität des Landes über Nettokapitalzuflüsse regelt. Schließlich wurde Argentinien der übliche Vorwurf gemacht, "strukturell" verkrustet zu sein. Das aber ist in einem Land, das enorme Anstrengungen in dieser Hinsicht unternommen hat und sich akut aus einer Rezession nicht befreien kann, genauso nichtssagend und abwegig wie derzeit in Europa.

Offensichtlich sind alle internationalen Institutionen hoffnungslos überfordert, wenn es um eine vorurteilsfreie Diagnose und um eine angemessene Therapie für ein in existenzieller Not befindliches Land geht. Der Internationale Währungsfonds hängt theoretischen Dogmen an, die nichts mit der Realität gemein haben, und in den Ministerräten gibt es niemanden, der bereit und in der Lage wäre, diese Dogmen in Frage zu stellen. Aber nicht nur die Politik, auch die Märkte haben wieder einmal fundamental versagt. Wenn es heute heißt, Banken und Kleinanleger seien von der argentinischen Krise betroffen, weil sie in der Vergangenheit in "attraktive" argentinische Anleihen investiert hätten, dann offenbart das nur den totalen Irrtum des Marktes. Wer jemals glaubte, Argentinien könne auf Dauer 13 % oder mehr an Dollarzinsen bezahlen, ohne in die Zahlungsunfähigkeit zu geraten, hat seine heutigen Verluste im wahrsten Sinne des Wortes verdient.

Argentinien aber hat jetzt eine Chance. Jenseits der Dogmen und trotz aller unmittelbaren Härten, die die Abwertung mit sich bringt, kann das Land sich aus der Krise befreien, wenn es ihm gelingt, zusammen mit der Abwertung eine rein nationale Geldversorgung zu organisieren und das Zinsniveau zu normalisieren. Es sollte konsequent auf die Hilfe der internationalen Gemeinschaft und deren Ratschläge verzichten und sich mit seinen Nachbarn koordinieren, um einen Abwertungswettlauf zu verhindern.